



Andreas Mattfeldt
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 227 – 71322
Fax 030 227 – 76932
E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Andreas Mattfeldt MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn
Peter Altmaier
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit

per Email: peter.altmaier@bmu.bund.de

Berlin, 08.11.2013

Koalitionsvereinbarungen zum Fracking

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
lieber Peter,

die heutige Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung (beiliegend) nehme ich zum Anlass für mein Schreiben. Das Blatt berichtet, die Umweltpolitiker der CDU und SPD haben sich auf ein Moratorium hinsichtlich der Frackingmethode geeinigt.

Ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass ein Moratorium für bereits bestehende Erdgasfördergebiete nicht ausreichend ist. Die Erdgasförderung bringt nicht nur das Fracking selbst, sondern auch die Problematik des Verpressens von Lagerstättenwasser mit sich. Wenn nun im Koalitionsvertrag festgehalten wird, dass giftige Frackingfluide nicht mehr in den Boden eingebracht werden dürfen, ziehe ich den Umkehrschluss, dass ein solches Verbot auch für das Einbringen bzw. Verpressen von giftigem Lagerstättenwasser gilt. Ist diese Fragestellung in den Koalitionsverhandlungen ebenfalls diskutiert und ein solcher Rückschluss gezogen und festgehalten worden?

Am Beispiel Völkersen: Bisher hat die RWE Dea im Trinkwasserschutzgebiet Panzenberg verpresst. Im beliegenden Artikel der Verdener Aller-Zeitung von heute ist die Aussage der RWE Dea enthalten, das Lagerstättenwasser zukünftig in unmittelbarer Nähe zum Trinkwasserschutzgebiet verpressen zu wollen.

Desweiteren ist eine Umkehr der Beweislast im Bergschadensrecht unerlässlich. Diese Forderung möchte ich noch einmal vor dem Hintergrund wiederholen, dass in der letzten Woche im konventionellen Erdgasfördergebiet in Völkersen erneut ein Erdbeben aufgetreten ist. Den angefügten Artikeln aus der Verdener Aller-Zeitung und den Verdener Nachrichten ist zu entnehmen, dass die Geschädigten des Erdbebens aus dem November 2012 noch immer keine abschließende Lösung mit der RWE Dea hinsichtlich der Schadensregulierung gefunden haben. Die

Abgeordnetenbüros:

Verden: Bahnhofstr. 23, 27283 Verden, Tel. 04231 982530, Fax 04231 81210, E-Mail: andreas.mattfeldt@wk.bundestag.de

Osterholz: Bahnhofstr. 33a, 27711 Osterholz-Scharmbeck. Tel. 04791 980175, Fax 04791 980174, E-Mail: andreas.mattfeldt@wk2.bundestag.de



Andreas Mattfeldt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gesetzeslage muss dahingehend verändert werden, dass Bürger in solchen Fällen besser geschützt und positioniert sind.

Ich bitte Dich auch weiterhin um Unterstützung hinsichtlich einer Neuregulierung der Erdgasförderung und möchte mich nachdrücklich dafür aussprechen, dass die Koalitionsvereinbarungen um oben genannte Punkte erweitert werden.

Herzliche Grüße
Dein

Andreas Mattfeldt MdB

Anlagen

RWE Dea will Lagerstättenwasser in Völkersen entsorgen

„Dialog“ mit 60 Gästen und dem Vorstandsvorsitzenden unter Ausschluss der Medien / Gebäudeschäden längst noch nicht reguliert

SCHÜLINGEN - „Im Rahmen der Informationsveranstaltung „RWE Dea im Dialog“ trafen sich mehr als 60 Gäste aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen der Region im RWE Dea Förderbetrieb Niedersachsen mit dem Vorstand, weiteren Vertretern des Unternehmens sowie unabhängigen Experten“, ließ der Erdgasförderer gestern über eine Mitteilung die breite Öffentlichkeit zu einer Veranstaltung am Mittwoch wissen.

Die Presse und andere Medien hatte man bewusst ausgeschlossen. Man habe in der Vergangenheit gelernt, dass die Anwesenheit von Medien, vor allem Fernsightteams, einem konstruktiven

Ablauf und offenen Diskussionen nicht förderlich sei. Nach der Veranstaltung sehe man sich in dieser Auffassung bestärkt, erklärte RWE Dea-Pressesprecher Derek Mösche.

„Wir stehen zu unserer Verantwortung“

Dabei war an diesem Abend höchstpersönlich vor Ort: Thomas Rappuhn, Vorstandsvorsitzender der RWE Dea AG. Nach einer kleinen Umfrage bei Teilnehmern des Abends sahen sich durch dessen Äußerungen Vertreter der Bürgerinitiativen in ihrer Arbeit diskreditiert. Für die schlechte Stimmung vor Ort seien auch die Medien verantwortlich,

so habe sich Rappuhn geäußert. Selbstkritisches Hinterfragen des eigenen Tuns beim Vorstandsvorsitzenden? „In keinster Weise“, so der knappe Kommentar Andreas Noltemeyer von der Bürgerinitiative „No Fracking“. „Höchstens mit einem Satz.“

Herzlich wenig Neues bekamen die Anwesenden in Sachen Schadensregulierung nach dem Beben vom November 2012 zu hören. Das gutachterliche Verfahren zu Gebäudeschäden dauert immer noch an.

„Wir stehen zu unserer Verantwortung und werden Schäden, die der Gutachter dem Erdstoß zuordnet, regulieren“, wird der Vorstandsvorsitzende Rappuhn

von seinem Pressesprecher zitiert.

Nur zeichnet sich jetzt schon ab, dass sich ein ganz erheblicher Teil der 104 angemeldeten Gebäudeschäden laut Gutachten nicht dem Beben zuordnen lassen. So Betroffenen biete man an, sich auf Kosten der RWE Dea das Ergebnis vom Gutachter noch einmal erläutern zu lassen.

Auch in zukünftigen ähnlichen Fällen plane man unabhängige Sachverständigenverfahren einzuleiten, lässt das Unternehmen verlauten und schiebt die Einschränkung hinterher: „Wenn die bei einem seismischen Ereignis gemessene Schwinggeschwindigkeit laut Experteneinschätzung

Schäden hätte hervorrufen können.“

Verraten hat man am Mittwoch, was man in Zukunft mit dem bei der Erdgasförderung anfallenden Lagerstättenwasser zu tun

„Umweltverträglichste Option“

gedenkt: in der Bohrung Völkersen Z3 Nord am Völkerser Düvelshagen verpressen. Diese Lösung verfolgt der Konzern schon seit geraumer Zeit, und sie passt auch zur Studie eines „unabhängigen Gutachterteams“, so RWE Dea, um Dr. Hanno Paetsch vom Institut für Geologie und Umwelt GmbH. Demnach sei das Verpressen von Lager-

stättenwasser in Völkersen Z3 Nord „die nachhaltigste und umweltverträglichste Option“.

Auch die dezentrale Aufbereitung des Lagerstättenwassers an den einzelnen Förderplätzen habe man geprüft. „Diese Option ist gegenüber einer zentralen Aufbereitung und Rückführung eindeutig ökologisch nachteiliger“, so Paetsch.

Fürs Verpressen in Völkersen Nord Z3 wolle man nun das notwendige Genehmigungsverfahren auf den Weg bringen kündigte RWE Dea an. Man werde aber auch andere Optionen weiter verfolgen, um Alternativen für die Entsorgung des Lagerstättenwasser zu haben. ■ **jw**

Hiobsbotschaft für viele Hausbesitzer

Erdstöße im November 2012: Laut Gutachter hat die Hälfte



E-Dea fördert in Langwedel Erdgas. Im Bereich des Förderfeldes in Völkern, das auf dieser Luftaufnahme zu sehen ist, lag das Epizentrum des Bebens vergangener Woche, das jedoch keine Schäden verursachte. Die Folgen der Erdstöße des vergangenen Novembers waren gravierender. Ein Gutachter untersucht zur Zeit, welche Schäden in der Region auf das Gutachten zurückzuführen sind. FOTO: ERICH SCHWINGEL

Für rund die Hälfte der gemeldeten Schäden nach dem Erdbeben im November vergangenen Jahres im Bereich Langwedel wird es voraussichtlich keine Entschädigungen geben. Das Erdbeben verursachte diese Schäden nicht, sagte der verantwortliche Gutachter bei einer Veranstaltung der RWE Dea, zu der beispielsweise auch Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen sowie Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung kamen.

VON MICHAEL KERZEL

Landkreis Verden. Erst vor einigen Tagen bebte die Erde in Völkern – und weckte Erinnerungen an den November vergangenen Jahres, als ein deutlich stärkeres Beben die Region erschütterte. Noch liegt der Abschlussbericht des Gutachters zu den Gebäudeschäden, die mehr als 100 Personen nach dem Erdbeben im vergangenen Jahr meldeten, nicht vor. Es zeichnet sich jedoch ab, dass rund die Hälfte der Schäden nach Ansicht des Gutachters Gregor Dreischhoff nicht auf das Erdbeben zurückzuführen sind. Eine Hiobsbotschaft für die Betroffenen, die nun nicht mit einer Entschädigung rechnen können.

Von rund 40 bis 50 Fällen sprach Dreischhoff bei einer Info-Veranstaltung des Erdgasförderunternehmens RWE Dea am Mittwoch im Langwedeler Ortsteil Schillingen.

Der Gutachter, der von der Gemeinde Langwedel benannt und vereidigt wurde, zog bei der Untersuchung der Schäden unter anderem einen Fachmann für Bodenschwingungen hinzu, um herauszufinden, welche Schäden tatsächlich auf das Erdbeben zurückzuführen sind. Aufgrund der Messdaten erstellte der Experte ein sogenanntes Schwingungsbild, nach dem ermittelt wurde, wo Schäden an Gebäuden möglich sind.

„Die Erklärungen waren schlüssig und nachvollziehbar“, meinte Langwedels Bürgermeister, Andreas Brandt (SPD). Zudem habe der Gutachter bestätigt, dass kein Gebäude in seiner Statik beeinträchtigt sei.

Laut Einschätzung der Experten kann es bei „normalen“ Gebäuden zu Beschädigungen kommen, wenn die Schwingungen fünf Millimeter pro Sekunde betragen, bei Fachwerkhäusern oder auch denkmalgeschützten Gebäuden liegt der Wert bei drei Millimetern. Dieser würde nun auch für die Gebäude in Langwedel angenommen. Zudem können verschiedene Faktoren in einem Gebäude die Schwingungen verstärken. Hier wurde der höchstmögliche Wert zu Grunde gelegt. „Das ist gut für die Gebäudebesitzer – zumindest würde es uns so erklären“, sagte Andreas Noltemeyer von der Bürgerinitiative „No Fracking“. Nun warte er auf die Begründung in den Gutachten.

Für die Fälle, in denen das Erdbeben als Verursacher ausgeschlossen wird, hat die RWE Dea angeboten, die Kosten für das Gespräch über das Ergebnis des Gutachters mit den Betroffenen zu übernehmen. Dort wo es zu einem Schaden gekommen sei, den das Unternehmen verursacht habe, komme es für die Entschädigung auf. „Wir folgen den Empfehlungen des Gutachters“, erklärte RWE-Dea-Sprecher Derek Mosche.

Bürgerinitiative versus RWE Dea

Wichtig sei, sagte Brandt, dass der Ablauf geklärt werde, falls es noch mal zu Schäden durch ein Erdbeben komme. „Dann soll wohl vorab ein Schwingungsbild gemacht werden, damit klar wird, wo ein Schaden entstanden sein kann. Daraufhin sollen sich die Betroffenen melden“, sagte er. Klar sei, dass die RWE Dea zunächst weiter Erdgas fördern – im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. „Hier ist der Gesetzgeber gefordert“, so Brandt, da das Bergrecht die Erdgasförderung regelt.

Nicht zu der Veranstaltung der RWE Dea erschienen der Bundestagsabgeordnete Andreas Mattfeldt, der Landtagsabgeordnete Adrian Mohr und der Fraktionsvorsitzende im Verdener Kreistag, Wilhelm Hogrefe (alle CDU). Sie begründeten ihre Entscheidung damit, dass es einen Kreistagsbeschluss gebe, wonach ein RWE-Dea-Vor-

standsmitglied in den Landkreis kommen solle. Daher sei es das falsche Signal, zu einer Veranstaltung im Hause der RWE Dea zu gehen.

Den Auftritt des Vorstandsvorsitzenden der RWE Dea, Thomas Rappuhn, bei der Veranstaltung in Schillingen bewertete Noltemeyer als „an Frechheit kaum zu überbieten“. Dieser habe davon gesprochen, dass RWE-Dea-Mitarbeiter und ihre Familien drangsalariert wurden und dass auf Landwirte Druck ausgeübt werde, ihre Grundstücke nicht an die RWE Dea zu verkaufen. Zudem seien angeblich Landmaschinen manipuliert worden. „Herr Rappuhn hat diese Anschuldigungen auf die Bürgerinitiativen bezogen. Das ist eine Frechheit“, sagte Noltemeyer. Dem widerspricht die RWE Dea. Es gebe Anfeindungen gegenüber RWE-Mitarbeitern und deren Familien in der Ollentlicke, so Möschle, Thomas Rappuhn habe das jedoch auf gar keinen Fall in Zusammenhang mit einer Bürgerinitiative gebracht.

Als „sehr sachlich“ fasste hingegen Pastor Dieter Sogorski die Veranstaltung zusammen – trotz kontroverser Ansichten. Auch Bürgermeister Brandt bewertete die Veranstaltung als „unter dem Strich sachdienlich“. Es sei sinnvoll gewesen, dass der Vorstandsvorsitzende der RWE Dea anwesend war und dass auch die Bürgerinitiativen eingeladen wurden.

IN DIESER AUSGABE

PHOTOVOLTAIK-ANLA

Landkreis Verden. Ein Gesetz schreibt vor, dass alle Photovoltaik-Anlagen-Betreiber zum 1. Januar kommenden Jahres ihre Anlagen nachrüsten müssen, wenn diese eine Leistung von 30 bis 100 Kilowatt haben. Ohne Nachrüstung gibt es im Januar keine Einspeisevergütung seitens des Staates mehr. Seite 2

ANZEIGE



INTERVIEW

Wechsel in die Politik

Rotenburg. Superintendent Hans-Peter Daub tritt bei der Landratswahl im kommenden Jahr gegen Amtsinhaber Hermann Luttmann an. Im Interview mit unserer Zeitung spricht Daub über die Motive für seine Kandidatur, über seine persönlichen Ziele und die großen politischen Themen für den Landkreis Rotenburg. Seite 4

SPORT

Vereinsinternes Pokalduell

Achim-Baden. Seit dieser Spielzeit verstärkt Jakob Winkelmann die SG Achim/Baden. Zuletzt kam er wieder häufiger beim Handball-Oberligisten zum Zuge, der Rechtsaußen hat aber auch schon diverse Male für die zweite Mannschaft gespielt. Heute Abend treffen eben jene beiden Teams zum direkten Vereinsduell im Achtelfinale des BHV-Pokals aufeinander. Winkelmann hofft auf einen Einsatz in der ersten Mannschaft. Seite 6

Verden-Eitze (zan). Die Stadt Verden teilt mit, dass in der Eitzer Dorfstraße (in Höhe Neubau Feuerwehr) ab Montag, 11. November, 8 Uhr, bis voraussichtlich Dienstag, 12. November, Kanalbauarbeiten ausgeführt werden müssen. Im Zuge dieser Bauarbeiten ist für die Eitzer Dorfstraße eine Vollsperrung in Höhe des Neubaus der Feuerwehr vorgesehen. Witterungsbedingte Verzögerungen sind möglich. Wie das Unternehmen AllerBus mitteilt, werden die Linien 701, 713 und 715 wegen der Straßensperrung umgeleitet. Der Bus bleibt in diesem Zeitraum auf der Walsroder Straße. In Eitze entfallen die Haltestellen Kirchweg, Dorf, Am Gohbach, Dorfstraße und Lebenshilfe. Ersatzhaltestellen sind Eitzer Hof und Schmiede. Nähere Informationen gibt es im Internet unter www.allerbus.de oder unter Telefon 04231/92 27 12.

Wasserqualität verbessert

Verden (zan). Die Qualität des Grundwassers in der Region Verden hat sich verbessert. Wie der Landvolkverband mitteilt, wurden auf der jährlichen Sitzung der Kooperation Trinkwasserschutz Verden (KTW) aktuelle Ergebnisse der Untersuchungen zum Trinkwasserschutz in der Region vorgestellt. Der Trinkwasserverband Verden arbeitet dabei mit Landwirten zusammen. Durch die freiwillige Vereinbarung werden Bewirtschaftungsbedingungen für landwirtschaftliche Flächen in Wasserschutzgebieten vertraglich geregelt, die über die normale Bewirtschaftung hinausgehen und mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden sein können. Diese werden finanziell honoriert. Die Landwirtschaftskammer fungiert als Koordinationsstelle. Ebenso erfolgreich sei, dass im Zuge dieser Kooperation der Stickstoffwert im Boden in den vergangenen fünf Jahren um gut zehn Kilogramm je Hektar reduziert wurde.

Verden (zan). Der Präventionsrat Verden lädt für Mittwoch, 13. November, um 19.30 Uhr zu einem Eltern-Schüler-Kinoabend zum Thema Mobbing im Internet mit anschließender Diskussion in die Aula des Gymnasiums am Wall (GaW) ein. Nach einer Filmvorführung ist ein reger Austausch zwischen Experten und Publikum geplant. Auf dem Podium sitzen Kai Hinde-mith und Selma Dag (Schülervertreter), Ralf Berg, Schulleitersvorsitzender des RS Verden, Polizeihauptkommissar Heinz Vajen, Psychologin Sabine Kopp-Danzglock (Beratungsstelle Horizonte) und Realschullehrerin Ursula Fisser-Blomer.

ANZEIGE

371 ✓ **vds für Oyten**
„wir tun was.“ **Besser kaufen wo man lebt.**
www.vds-oyten.de

BEI UNS SIND SIE IMMER GUT BERATEN!

DIE PFLEGEKOMPETENZENTREN DER HUBERTUS GRUPPE

KURZZEITPFLEGE
nur 17,30 €
Eigenanteil in Oyten

OPTIC Diekmann
Partner der IGA OPTIC
„Mein Ort. Meine Brille. Mein Optiker.“

JÖRN NAYDOWSKI
Meisterbetrieb
Auf der Heide 15
28876 Oyten
Tel.: 0 42 07 - 80 15 51
Fax: 0 42 07 - 80 15 52
Mail: Joern@Naydowski.de
Web: www.naydowski.de

Automobile Duhn
Ihr Partner, wenn es um Automobile geht.
Große Str. 45 - 28876 Oyten - Tel.: +49(0)4207-1261 - www.automobileduhn.de

HUBERTUS SENIORENBETREUUNG | Allerstraße 45 a | 28876 Oyten | Telefon 04207/91 15 80
WWW.HUBERTUS-GRUPPE.DE

- Vollstationäre Pflege
- kompetente Versorgung und Betreuung bei speziellen Bedürfnissen
- Kurzzeit- und Verhinderungspflege
- Probewohnen
- Täglich wechselndes Beschäftigungsangebot durch unsere festangestellten Ergotherapeuten, auch am Wochenende
- Ausflugsfahrten mit hauseigenem Bus

Schneller beim Facharzt

SPD und Union wollen Wartezeiten verkürzen. Einigung auch auf ein Fracking-Verbot

Berlin – Gesetzlich Versicherte sollen künftig deutlich schneller einen Termin beim Facharzt erhalten. Union und SPD verständigten sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf eine maximale Wartezeit von vier Wochen. Bietet innerhalb dieses Zeitraums kein Facharzt eine Behandlung an, sollen die Patienten ins Krankenhaus gehen können, was derzeit nicht möglich ist. „Das ist ein wesentlicher Schritt hin zum Abbau der Zwei-Klassen-Medizin“, sagte SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach nach den Beratungen.

Abhängig von der Fachrichtung müssen gesetzlich Versicherte oft Monate warten, ehe sie einen Termin bei einem spezialisierten Mediziner erhalten. Als besonders angespannt gilt die Lage zum Beispiel bei Augenärzten und Psychiatern. Privatpatienten haben dieses Problem in der Regel nicht. Weil ihre Versicherer die Arbeit der Mediziner besser honorieren, werden sie in der Regel vorgezogen und erhalten in sehr kurzer Zeit einen Termin.

Damit der Versicherte sich nicht selbst auf die Suche machen muss, plant die Koa-

lition die Einrichtung von Servicestellen. An diese könnten sich die Kassenpatienten dann wenden. Sie sollen von den Kassenärztlichen Vereinigungen betrieben werden. Gelingt es diesen Stellen nicht, in vier Wochen einen Termin beim Facharzt zu vereinbaren, müssen sie einen im Krankenhaus ausmachen.

„Gesetzlich Versicherte zahlen bis 350 Euro Beitrag im Monat. Wir finden, dafür muss auch eine zeitnahe Terminvermittlung möglich sein“, sagte der CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn. Wo es objektiv zu wenig Ärzte gebe, sollten dann die Krankenhäuser einspringen können. Zuvor hatten sich die angehenden Koalitionäre auf die Einrichtung eines neuen Instituts verständigt, das alle Daten aus dem Gesundheitswesen auswerten soll.

Unterdessen verständigten sich die Umweltpolitiker von Union und SPD auf ein vorläufiges Ende der umstrittenen Fracking-Technologie. „Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang“, heißt es nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* im entsprechenden

Passus für den Koalitionsvertrag. „Wir werden deshalb für ein Moratorium sorgen.“ Erst wenn alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen seien, könne es aufgehoben werden. Die Verwendung von giftigen Chemikalien werde ganz verboten. Die Arbeitsgruppe Energie muss dem Vorschlag noch zustimmen.

Die Suche nach sogenanntem unkonventionellen Gas hatte zuletzt ganze Regionen gegen die Technologie aufgebracht. Dabei wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Chemikalien und Chemie in den Boden gepresst, um Gestein aufzuspalten und das darin enthaltene Gas zu fördern. In den USA sorgt diese Methode derzeit für einen Gasboom. Hierzulande allerdings hatten sich Bürger vehement gewehrt. Sie fürchteten vor allem um ihr Grundwasser, sollte die Chemie einmal austreten. Offen ist auch, inwieweit vom sogenannten Lagerstättenwasser Gefahren ausgehen. Es wird beim Fracking hochgepresst und ist nicht selten ebenfalls giftig. Mehrere Bundesländer erließen zuletzt keine Fracking-Genehmigungen mehr. **GWB/MIBA**